

3

mll

1. EuGH Urteil vom 9.7.2020 – C-264/19, Constantin Film / YouTube: Was ist eine Adresse?



4

mll

Fortsetzung: Constantin Film / YouTube, C-264/19

- Art. 8(2)(a) Durchsetzungs-RL 2004/48/EG: Recht auf Auskünfte über die Namen und Adressen der Vertreter oder Lieferer von Waren, die ein Recht des geistigen Eigentums verletzen
- Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main: Pflicht von YouTube und Google zur Übermittlung der jeweiligen E-Mail-Adresse der betreffenden Nutzer
- EuGH: Adresse = Postanschrift des Wohnsitzes oder Aufenthaltsorts, nicht E-Mail-Adresse und Telefonnummer, für das Hochladen der Dateien genutzte IP-Adresse oder beim letzten Zugriff auf das Benutzerkonto verwendete IP-Adresse
- Teleologische Auslegung: Wie will der Betreiber der Plattform den Nutzer (Hochlader) erreichen?

Fortsetzung: Constantin Film / YouTube, C-264/19



- Zum Hochladen wird keine postalische Anschrift verlangt
- Herausgabe: Nix
- Angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Recht des Rechtsinhabers auf Auskunft und dem Recht des Nutzer (Hochlader) auf Schutz ihrer personenbezogenen Daten (Datenschutz im Urheberrecht?)
- Durchsetzungs-RL setzt nur Minimal-Anforderungen; Mitgliedstaaten können weitere Herausgabepflichten stipulieren.

2. Rs C-682/18, Frank Peterson / Google, YouTube: primäre oder sekundäre Haftung?

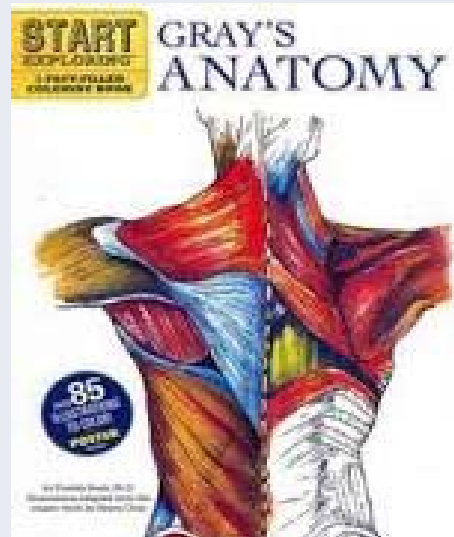
- Sarah Brightman's A Winter Symphony



Eckhard Pecher
(Arcimbolo) -
[CC BY 2.5](https://creativecommons.org/licenses/by/2.5/)

2. Rs C-683/18, Elsevier / Cyando

- Gray's (nicht: Grey's) Anatomy



Fortsetzung: Peterson/Elsevier

- Schlussanträge des Generalanwalts Henrik Saugmandsgaard Øe vom 16.07.2020:
 - **Keine selbständige, primäre Haftung**
 - Keine Haftung von Plattformbetreibern nach geltendem EU-Recht
 - **(Wohl auch) Keine unselbständige, sekundäre Haftung** nach dem Recht des betreffenden EU-Mitgliedslandes

Fortsetzung: Peterson/Elsevier

- **Keine selbständige, primäre Haftung**, da «der Betreiber einer Video-Sharing-Plattform und der Betreiber einer Sharehosting-Plattform keine Handlung der "öffentlichen Wiedergabe" im Sinne dieser Bestimmung vornimmt..., wenn ein Nutzer ihrer Plattformen dort ein geschütztes Werk online stellt.»
- Entscheid über Hochladen liegt beim Nutzer
- Vorherige, automatische Kontrolle durch den Betreiber der Plattform stellt keine Auswahl dar, soweit sie nur rechtswidrige Inhalte ausfiltern will
- Auch automatische Empfehlungen spiegeln keine Entscheidung des Betreibers über die öffentliche Wiedergabe wider
- Warum Wiedergabe nur als Übermittlung, nicht auch als Zugänglichmachen?
- Störerhaftung / Gefährdungssatz?
- Wesentliche nicht-urheberrechtsverletzende Verwendung mit/ohne Vorabkontrolle
- Gleitende Skala der Haftung

Fortsetzung: Peterson/Elsevier

- **(Wohl auch) Keine unselfständige, sekundäre Haftung** (Mithaftung für Hochladen durch Nutzer):
- Untersteht dem Recht der Mitgliedsländer, nicht EU-Recht (auch nach Harmonisierungs- und Durchsetzungs-RL? Siehe aber EuGH C-149/17, Bastei Lübbe)
- Setzt Kenntnis der Rechtswidrigkeit oder des Vorsatzes des Nutzers voraus
- EuGH C-527/15 Stichting Brein/Wullems (Filmspeler), EuGH C-610/15 Stichting Brein/Ziggo (The Pirate Bay). Plattformen hatten ihre Absicht offen kundgetan, damit den Zugang zu Werken zu gewähren, die ohne Zustimmung der Urheber hochgeladen wurden.

11

mll

Fortsetzung: Peterson/Elsevier

- **Safe Harbour** gemäss RL über den elektronischen Geschäftsverkehr 2001/31/EG gelten für direkte und indirekte Haftung
- Stehen Plattformbetreiber «in keiner Weise mit den übermittelten Inhalten in Verbindung» (RL 2001/31/EG, Erwägungsgrund 43 zu Art. 12 und 13)?
- Die in der RL 2001/31/EG angesprochenen Fälle der “tatsächlichen Kenntnis von der rechtswidrigen Tätigkeit oder Information” des Bewusstseins der “Tatsachen oder Umstände ... , aus denen die rechtswidrige Tätigkeit oder Information offensichtlich wird”, beziehen sich grundsätzlich auf konkrete Informationen über rechtswidrige Handlungen.
- Jetzt: Richtlinie über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt 2019/790/EU (DSM-RL), Art. 17 (Nutzung geschützter Inhalte durch Dienstanbieter für das Teilen von Online-Inhalten)
- Aber: trditionelle Haftungsgrundsätze bleiben relevant für die nicht von Art. 17 DSM-RL erfassten Plattformen.

12

mll

3. EuGH Urteil vom 28.10.2020 – EuGH C-637/19, BY / CX: Beweismittelleingabe als öffentliche Wiedergabe?

- Elektronische Eingabe beim Gericht eines Beweismittels, das ein urheberrechtlich geschütztes Werk enthält, an dem die Gegenpartei berechtigt ist.
- Verletzt eine solche Eingabe das Urheberrecht der Gegenpartei?



13

mll

Fortsetzung: EuGH C-637/19, BY / CX

- Keine öffentliche Verbreitung (Art. 4 Richtlinie 2001/29), nur bei körperlichen Exemplaren. Würde bei einer öffentlichen Verbreitung eine Eigentumsübertragung an einen Abnehmer genügen (vgl. Dimensione C-516/2)?
- Öffentliche Wiedergabe (Art. 3 Richtlinie 2001/29)?
- Gerichtsangestellte und Parteien bilden eine geschlossene Gruppe von Personen, die Aufgaben im öffentlichen Interesse wahrnehmen
- Recht Dritter auf Akteneinsicht, sofern kein Geheimhaltungsinteresse der Parteien besteht: Wird durch das Gericht in einem separaten Verfahren gewährt. Einreichende Partei ist dafür nicht verantwortlich
- Abwägen zwischen den Interessen am Schutz des Rechts am geistigen Eigentum und den Interessen der Nutzer von Schutzgegenständen und dem Allgemeininteresse (an der Rechtsdurchsetzung und an einem fairen Verfahren)

14

mll

4. EuGH Urteil vom 2.4.2020 – C-753/18 Stim, SAMI / Fleetwagen Sweden, Nordisk Biluthyring: Autovermietung als öffentliche Wiedergabe?



- Öffentliche Wiedergabe:
 - «Recht viele» resp. «ziemlich viele» Mietwagen => öffentlich
 - Vermietung von Automobilen mit eingebautem Radio: Blosser Bereitstellung von Einrichtungen, die die Wiedergabe ermöglichen (27. Erwägungsgrund der Harmonisierungs-RL 2001/29) => keine Wiedergabe
 - = BGH Urteil v. 17.12.2015, I ZR 21/14 keine Urheberrechts-verletzung bei Fernsehempfängern mit Zimmerantenne in Hotelzimmern
 - ≠ EuGH C-306/05 SGAE/Rafael Hoteles, BGE 143 II 87: Weiterleitung der Signale über interne Leitungen zu den Fernsehempfängern in den Hotelzimmern. Ebenso C-641/15 Verwertungsgesellschaft Rundfunk / Hettegger Hotel Edelweiss; C-117/15 REHA Training/GEMA.

15

**5. EuGH Urteil vom 18.11.2020 - C-147/19, Atresmedia / AGEDI, AIE: Tonträger ohne Träger?**

- Wiedergabe einer Aufnahme auf einem Tonträger nach Einfügen der Aufnahme in ein audiovisuelles Werk (Synchronisation, mit Zustimmung der Rechtsinhaber)
- Die mit der Wiedergabe eines Tonträgers verbundenen Rechte gemäss Vermietrechts- und Verleihrechts-RL 2006/115/EG, Art. 8(2), können bei der Wiedergabe des audiovisuellen Werks nicht geltend gemacht werden. Diese Rechte bleiben aber bei der Wiedergabe des Tonträgers selbst unberührt.

16

**6. EuGH Urteil vom 25.11.2020 – C-372/19, SABAM: Preismissbrauch durch Verwertungsgesellschaft?**

- Kann die einzige nationale Verwertungsgesellschaft die tarifmässige Gebühr auf den mit dem Verkauf von Eintrittskarten erzielten Bruttoeinnahmen abstellt, ohne dass von diesen Einnahmen die gesamten mit der Veranstaltung des Festivals verbundenen Ausgaben, die keinen Zusammenhang zu den dort aufgeführten Musikwerken aufweisen, abgezogen werden?
- Kein Preismissbrauch gemäss Art. 102 AEUV durch eine Urheberrechtsverwertungsgesellschaft (SABAM), wenn die «tatsächlich verlangten Gebühren insbesondere im Hinblick auf Art und Umfang der Nutzung der Werke, in Ansehung des durch diese Nutzung generierten wirtschaftlichen Wertes und in Anbetracht des wirtschaftlichen Wertes der von dieser Verwertungsgesellschaft erbrachten Leistungen nicht überhöht sind, was vom nationalen Gericht zu prüfen ist».

Diskussion und Zusammenfassung

1. Constantin Film / YouTube: Was ist eine Adresse?
2. Frank Peterson / Google, YouTube; Elsevier / Cyando: primäre oder sekundäre Haftung?
3. EuGH C-637/19, BY / CX: Beweismittelleingabe als öffentliche Wiedergabe?
4. EuGH C-753/18 Stim, SAMI / Fleetwagen: Autovermietung als öffentliche
5. EuGH 18.11.2020 C-147/19, Atresmedia: Tonträger ohne Träger?
6. EuGH, Urteil vom 25.11.2020 – C-372/19, SABAM: Preismissbrauch durch Verwertungsgesellschaft?

